

Stellungnahme der UniCredit zur Kohleverstromung

Im Zusammenhang mit Diskussionen über den Klimawandel nimmt das Bewusstsein für die negativen Auswirkungen der Kohleverstromung immer mehr zu. Dazu gehören u.a. die Treibhausgase, der ökologische Fußabdruck, die Sicherheit der Energieversorgung sowie die soziale Akzeptanz.

Die UniCredit erkennt die zunehmend negativen Folgen von Kohlekraftwerken im Zusammenhang mit dem Klimawandel an. Das Unternehmen ist sich hier der Verantwortung der Gesellschaft und nachfolgenden Generationen gegenüber bewusst, die sie hinsichtlich der Erhaltung der Lebensgrundlagen, der natürlichen Ressourcen, der Ökosysteme sowie der menschlichen Gesundheit und der Umweltproblematiken hat.

Wichtige Beurteilungsbereiche

Die Policy der UniCredit zur Kohleverstromung zielt daher darauf ab, die Beteiligung der Gruppe an derartigen Projekten/Transaktionen im Hinblick auf die potentiellen ökologischen und sozialen Aspekte sowie die Auswirkungen auf die Reputation der Gruppe zu bewerten. Ziel ist es, die damit verbundenen Folgen und Risiken durch geeignete Management- und Reduzierungsmaßnahmen von Seiten unserer Kunden bzw. deren Vertragspartner zu minimieren.

Die Policy beinhaltet eine Reihe von Richtlinien, Standards, internationalen Abkommen, Initiativen und Empfehlungen sowie weitere, von der internationalen Gemeinschaft und den jeweiligen Stakeholdern anerkannte Vorgehensweisen. Der Schwerpunkt bei der internen Bewertung liegt auf folgenden Aspekten:

- Einhaltung der sozialen und umweltpolitischen Gesetze sowie der Bestimmungen und Vorgaben des Gastlandes und der lokal umzusetzenden internationalen Abkommen, Standards und Verträge. Dies insbesondere im Hinblick auf die Emission von Treibhausgasen (GHG) in den jeweiligen Ländern oder der Region, in denen der Kunde bzw. dessen Vertragspartner geschäftlich tätig ist.
- Luftemissionen mit lokalen oder regionalen Auswirkungen, wie Schwefeloxide (SO_x), Stickoxide (NO_x), Kohlenmonoxid (CO) und Schwermetalle, dies insbesondere in Gebieten mit schlechter Luftqualität.
- Umweltschäden, einschließlich dem Verlust von Lebensräumen und biologischer Vielfalt sowie der Verschmutzung von Grundwasser, Oberflächengewässern, Sedimenten, Boden und Luft
- Einhaltung internationaler Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), insbesondere im Hinblick auf Kinder- und Zwangsarbeit und die Verletzung von Menschenrechten
- Der Vertragspartner ist mit ökologischen und sozialen Fragen sowie mit Fragen die menschliche Gesundheit betreffend vertraut. Er erfasst Daten dazu und wendet

(möglichst antizipativ) entsprechende Richtlinien, Pläne und Verfahren an, die der internationalen Best Practice (siehe Anhang C) entsprechen bzw. glaubhaft in dessen Richtung gehen.